

Wéi eng wirtschaftlech a gesellschaftlech Entwécklung? Déi entscheidend Zukunftsfro!

Die Debatte um die wirtschaftliche Entwicklung Luxemburgs prägte wie kaum eine andere das Jahr 2019. Dabei muss man feststellen, dass sie leider kaum in der notwendigen Tiefe geführt wird, sondern sich z.T. auf recht plakative Aussagen begrenzt. Der Mouvement Ecologique seinerseits versuchte auch 2019 dieses so wichtige Thema für die Entwicklung Luxemburgs fachlich und kompetent anzugehen. Dies auch anhand von sehr konkreten Dossiers.

Den Engagement géint d'Fräihandelsaccorden geet weider!

Der Mouvement Ecologique ist besonders engagiert in der Plattform „Stop TTIP & CETA“, die sich weiterhin konsequent gegen die Freihandelsabkommen, vor allem zwischen Amerika und Europa („TTIP“ bzw. mittlerweile „TTIP2“) sowie zwischen Kanada und Europa („CETA“) und für einen sozialen, gerechten, ökologischen und demokratisch ausgerichteten Welthandel einsetzt.

2019 kamen dann zusätzlich die Abkommen mit Japan sowie den südamerikanischen Staaten (Mercosur-Abkommen) hinzu. Die Argumente, die gegen diese Abkommen sprechen, sind erdrückend: Multinationale Firmen wird das Recht zugestanden gewählte Regierungen vor Sondergerichten auf Milliardenentschädigungen zu verklagen, wenn sie Gewinnverluste durch Gesetze im Sinne der Allgemeinheit befürchten; das Vorsorgeprinzip wird ebenso in Frage gestellt wie das Pariser Klimaschutzabkommen u.v.a.m.

Entsprechend vielfältig war auch 2019 das Engagement gegen diese Abkommen und für eine Reform des Welthandels.

So beteiligte sich der Mouvement Ecologique z.B. im Juli an der Veröffentlichung einer ausführlichen neuen Analyse, die von einem Bündnis von Organisationen - vor allem Friends of the Earth International bzw. Europe und Frankreich - veröffentlicht wurde und die anhand von 10 Fallbeispielen aufzeigte, wie verheerend die Konsequenzen der Schiedsgerichte / des Investorenschutzes sind und wie stark sich das Allgemeininteresse durch diese zugesprochenen Sonderrechte hinten anstellen muss.

Im November wurde gemeinsam mit der Plattform „Stop TTIP & CETA“ reagiert, als die USA ankündigten, aus dem Pariser Klimaschutzabkommen auszusteigen. Dies müsse auch das „Aus“ für jedwede TTIP-Verhandlungen bedeuten, so die gemeinsame Forderung in einer Stellungnahme („Austritt der USA aus dem Pariser Klimaabkommen: Verhandlungen zum Freihandelsabkommen TTIP2 mit den USA jetzt beenden!“).

Im Vorfeld des anstehenden Votums in der Abgeordnetenkammer zum Freihandelsabkommen CETA (EU-Kanada) lud die Luxemburger Plattform im Oktober zudem zu ei-

nem äußerst anregenden Vortrag: „Freihandelspolitik der EU: Weiter so- koste es, was es wolle? Warum wir eine andere Wirtschafts- und Handelspolitik brauchen“ mit Jürgen Maier, Geschäftsführer des Forums Umwelt & Entwicklung, ein. Maier wies auf prägnante Art und Weise die Defizite der heutigen Organisation des Weltmarkts, und vor allem der Freihandelsabkommen auf.

„Menschenrechte schützen – Konzernklagen stoppen!“ - Maacht mat bei enger europawäiter Ënnerschrëftenaktioun!

Anlässlich des Auftakts des Weltwirtschaftsforums in Davos haben am 22. Januar über 150 Nichtregierungsorganisationen aus 23 EU-Mitgliedstaaten eine gemeinsame Kampagne gegen Konzernklagerechte (Investor State Dispute Settlement, ISDS) und für Unternehmensverantwortung gestartet. Der Mouvement Ecologique beteiligte sich daran.

Ëmmer erëm ... erauskommen aus dem Wuesstëmszwang

Es zieht sich seit Jahren wie ein roter Faden durch die Aktivitäten des Mouvement Ecologique: Die Forderung nach einem Ausstieg aus der Wachstumsfalle.

Immer wieder steht sie im Fokus: z.B. auch wenn über die Klima- und Energiepolitik diskutiert wird, denn eine Reduktion der CO₂-Emissionen wird nicht möglich sein, wenn auf stetes Wachstum gesetzt wird.

Des Weiteren wurde anlässlich des weltweiten „Overshootdays“ thematisiert, dass Luxemburg alles andere als ein Modellland ist, was den Ressourcenverbrauch betrifft, und eine tiefgreifende Reform unseres Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells dringend geboten ist. Luxemburg ist das Land, das weltweit als zweites den Overshootday Anfang Februar erreicht – also jenes Datum, an dem wir als Land die Ressourcen die uns jährlich zur Verfügung stehen, aufgebraucht haben. Luxemburgs Overshootday erfolgt bereits im Februar und ist damit weltweit an zweiter Stelle, direkt nach Qatar!

2019 wurden aber auch vermehrt, aufgrund eines Berichtes des Weltbiodiversitätsrates, der eigentlich mit dem IPPC Bericht im Klimaschutzbereich vergleichbar ist, die

verheerenden Auswirkungen des Wachstums auf die Biodiversität thematisiert. Ohne „Systemwechsel“, so die eindeutige Aussage der weit über 300 Wissenschaftler*innen aus der ganzen Welt, die den Bericht verfassten, werden wir als Menschheit unsere Lebensgrundlagen zerstören.

Mat Scheiklappen an d'Zukunft? Mir brauche méi politesche Gestaltungswëllen – am Interêt vun den nächste Generationen

In einer ausführlichen Stellungnahme formulierte der Mouvement Ecologique im Oktober konkrete Anregungen für die Politikgestaltung der nächsten Jahre sowie für die Rede zur Lage der Nation des Staatsministers. Kernaussage: Angesichts der Klimaproblematik, des Biodiversitätsverlusts, sozialer Probleme u.a.m. muss sich die Politik der Realität stellen! Luxemburg darf sich nicht weiterhin, so wie Xavier Bettel rezent bei der UNO, als Musterland darstellen, was es ohne Zweifel nicht ist.

Zitiert sei aus den Schlussfolgerungen: „Die Politik und die Zivilgesellschaft müssen ihre Verantwortung übernehmen!“ Die Fakten sind bekannt: noch nie war ein Überleben der kommenden Generationen auf diesem Planeten so gefährdet wie derzeit. Ein „weiter wie bisher“ ist keine realpolitische Option, sondern nur ein „Aussetzen“! Dabei muss uns bewusst sein, dass es keine technologischen Wundermaschinen gibt. So wichtig technologische Neuerungen sind: der Stopp des menschengemachten Klimawandels sowie der Erhalt der Biodiversität werden nur dann möglich sein, wenn ein Systemwechsel in unserer Gesellschaft und unserer Wirtschaft erfolgt.

Der Mouvement Ecologique erwartet vom Staatsminister in seiner politischen Rede zur Lage der Nation, dass er diese Herausforderungen und die dringend gebotenen Instrumente benennt und Luxemburg nicht weiterhin in einer Form der „Realitätsverleugnung“ als Musterland darstellt. Die Politik muss der Motor des Diskurses sein und nachhaltige Zukunftswege anregen!

Die Zivilgesellschaft wird die Politik in den notwendigen Veränderungsprozessen unterstützen.



"Soziales und Ökologie: Zwei Seiten derselben Medaille"

... so der Titel der Konferenz auf die die Arbeitnehmerkammer und der Mouvement Ecologique am 3. Dezember 2019 einluden. Nora Back, Präsidentin der Arbeitnehmerkammer und Blanche Weber, Präsidentin des Mouvement Ecologique, begrüßten die mehr als 200 Anwesenden aus Politik, Gewerkschaften, der Zivilgesellschaft, Vertreter von Ministerien und Verwaltungen sowie interessierte Mitglieder der Organisationen. Beide Rednerinnen verwiesen auf die große Symbolik der Veranstaltung und zeigten sich überzeugt davon, dass ökologische und soziale Fragen gemeinsam angegangen werden müssen.

Lucas Chancel, Wirtschaftswissenschaftler und unter anderem beigeordneter Direktor des "Laboratoire sur les inégalités mondiales" und WID.world an der Ecole d'Economie de Paris, wies als erster Redner auf beeindruckende Art und Weise auf, wie die sozialen Ungerechtigkeiten weltweit zugenommen haben, die Verteilung der Wachstumsgewinne verstärkt ungerecht verteilt werden und inwiefern soziale und ökologische Themen zusammen hängen.

Kai Schlegelmilch, Vorsitzender und Gründer des "Forum-Ökologisch soziale Marktwirtschaft" (FÖS), stellte Sinn und Zweck einer ökologischen Steuerreform dar und skizzierte erste Ideen einer nachhaltigen Steuerreform, die sowohl ökologisch als auch sozial gerecht ausgerichtet sei. Eine solche sei für Luxemburg umso dringender, da unser Land Schlusslicht bei der Anwendung von Umweltsteuern ist.

Im Anschluss folgte ein interessanter Austausch mit den beiden Referenten, Finanzminister Pierre Gramegna, Energie- und Landesplanungsminister Claude Turmes und dem Publikum.

Nohalteg Steierreform : E "Must"!

Das Thema der Nachhaltigen Steuerreform prägte auf manigfaltige Art und Weise die Aktivitäten 2019. Bei zahlreichen Gelegenheiten wurde die eminente Wichtigkeit dieser Reform thematisiert: in Unterredungen mit Parteien, mit Gewerkschaftlern, Vertretern von Ministerien u.a.m. Es fanden zahlreiche Austauschforen zum Thema mit diversen Aspekten statt.



Dabei wurde auch versucht, das Thema in der politischen Aktualität immer wieder aufzugreifen. So z.B. im März, anlässlich der geplanten Erhöhung der Akzisen auf Benzin und Diesel. Moniert wurde, dass die beabsichtigten Erhöhungen leider unzureichend seien: Titel der Stellungnahmen waren u.a. *"Erhöhung der Akzisen auf Benzin und Diesel: ohne klimapolitischen Effekt"* (März 2019) *-Aussagen des „House of Automobile“ zu den neuen Abgastests: Wo bleiben Klima- und Verbraucherschutzintressen?"* (Dezember 2019)

Konsequentes Engagement géint Google

2019 prägten dann auch die Diskussionen rund um die Ansiedlung eines Google-Datacenters in Bissen die Aktualität. Dabei wurde seitens des Mouvement Ecologique vor allem der erhebliche Landverbrauch (35 ha, davon große Teile besonders wertvoller landwirtschaftlicher Böden) angeprangert sowie die Tatsache, dass in keinsten Form bekannt ist, wie hoch der Wasser- und Energieverbrauch usw. wären. Falls die Gerüchte stimmen, könnte der Wasserverbrauch bis zu 5-10% des nationalen Verbrauchs betragen. Eine schier unvorstellbare Quantität, wenn man bedenkt, dass bereits jetzt in manchen Sommern Wassermangel besteht und es gewusst ist, dass diese Situationen angesichts der Klimaveränderung zunehmen werden. Mehrfach war der Mouvement Ecologique im Themenbereich aktiv, dabei seien folgende hervorgehoben:

- Februar 2019 Pressekonferenz und Stellungnahme unter dem Motto: *"Nein zur geplanten "Zone Spéciale – Datacenter" in Bissen! – „Gegen eine Umklassierung des Areals ohne vorherige Klärung der offenen Fragen aus Umweltsicht und den Nachweis des realen zu erwartenden Nutzens"*. Die grundsätzlichen mit der Ansiedlung verbundenen Fragen wurden aufgeworfen, auch jene nach dem realen gesellschaftlichen und ökonomischen Nutzen des Projekts. Die Regierung wurde dabei aufgefordert, vermehrt Fakten auf den Tisch zu legen. Aussagen wie "Google ist gut für das Land" oder "Google wird die bestmöglichen Auflagen erhalten" werden nicht ausreichen. U.a. auch aufgrund der konsequenten Arbeit des Mouvement Ecologique wurde das Projekt immer stärker in der Öffentlichkeit aufgegriffen. Jedoch liegen bis heute keine Antworten auf alle formulierten Fragen vor.
- Da laut Presseinformationen gewusst war, dass der Gemeinderat von Bissen am 20. Juni eine Entscheidung zur Umklassierung von 34 ha großer Fläche von einer Grünzone in eine "zone spéciale Datacenter" treffen sollte, richtete der Mouvement Ecologique im Juni erneut einen Appell an die Verantwortlichen, keiner Umklassierung zuzustimmen, bis alle Fakten auf dem Tisch lägen. Denn sogar gemäß eigenen Aussagen der Gemeindeverantwortlichen, verfügten diese nicht über Daten zum zu erwartenden Wasserverbrauch. Titel der Stellungnahme des Mouvement Ecologique war: *"Höchst problematische Trinkwassersituation in Sachen Google: Eine Entscheidung der Gemeinde*

Bissen zur Umklassierung des Terrains zu diesem Zeitpunkt wäre fahrlässig!"

- Nachdem die Umklassierung trotzdem – mit sehr viel „Hin und Her“ – vom Gemeinderat entschieden wurde, reichte der Mouvement Ecologique am 11. Juli beim Innenministerium eine detaillierte Reklamation gegen die, vom Gemeinderat Bissen beschlossene, Umklassierung des fast 35 ha großen Areals in eine „zone spéciale Datacenter“ ein. Im Rahmen der öffentlichen Prozedur fand ebenfalls, so wie es das Gesetz vorschreibt, ein Austausch mit dem Schöffengericht statt.
- Da das Innen- sowie das Umweltministerium der Umklassierung zustimmten, reichte der Mouvement Ecologique im Oktober einen „recours gracieux“ beim Verwaltungsgericht gegen die Genehmigung des Innenministeriums ein.
- Da dem "recours gracieux" nicht stattgegeben wurde, wurde im Dezember Klage beim Verwaltungsgericht eingereicht.



Wéi eng Wirtschaftspolitik fir Lëtzebuerg

Über all jenen Aspekten steht natürlich die Frage, welche Wirtschaftspolitik Luxemburg anstrebt... Inwiefern sollen regionale Wirtschaftskreisläufe gefördert werden? Wie kann die Ansiedlungspolitik nachhaltiger gestaltet werden? Über welche Instrumente verfügt Luxemburg, um ggf. die Ansiedlung bestimmter Betriebe in Frage zu stellen, siehe Dossier der Steinwolfffabrik in Sanem. Der Mouvement Ecologique positionierte sich mehrfach ebenfalls in diesem Themenbereich.

Wéi d'Digitaliséierung gestalten?

... so ein weiteres Thema, des Jahres 2019, dies vor allem im Rahmen von Konferenzen und verschiedenen Diskussionen. Thematisiert wurde vor allem die Tatsache, dass die Gesellschaft den Digitalisierungsprozess bewusst steuern und gestalten müsse, und nicht die technischen Neuerungen den Menschen. Es müsse bewusst entschieden werden, welche Entwicklung wünschenswert und welche sinnvoll ist, und welche eher mit Nachteilen verbunden wäre. Leider erfolgen derzeit die Diskussionen über den Digitalisierungsprozess jedoch eher auf technischer Ebene... die großen gesellschaftlichen Auswirkungen und der Bedarf nach Steuerungen stehen dabei leider weniger im Fokus.

Der Mouvement Ecologique organisierte dabei u.a. gemeinsam mit Partnern eine Konferenz zum Thema "*Digitalisierung - Fluch oder Segen*" mit Felix Sühlmann Faul, freier Techniksoziologie und Experte für Digitalisierung und Nachhaltigkeit.

Grossen Interessi u Veranstaltungen zur Wuesstemsfro

Gleich mehrere Veranstaltungen fanden 2019 zur Wachstumsfrage statt, wobei die jeweils sehr hohe Teilnehmern* innenzahl an den einzelnen Veranstaltungen aufzeigt, wie groß das Interesse am Thema ist.

Erwähnt sei z.B: "*Die Krise des Lebens auf der Erde und die Grenzen des Wachstums: Wege zu einer sozial-ökologischen Transformation*" im April mit Fabian Scheidler, freischaffender Autor, u.a. das vielgelobten Buchs "Chaos - das neue Zeitalter der Revolutionen".

Weitere Veranstaltung war jene am 12. Dezember vor vollem Saal mit mehr als 130 Anwesenden von Max Koch,

Professor der Sozialpolitik an der Universität Lund in Schweden. In seinem Vortrag legte er auf anregende Art und Weise die Zusammenhänge zwischen Wohlfahrt und Wohlstand. dar

Wuesstemspolitik: De Ministère de la Croissance mëlt sech zu Wuert...

In einer ersten Pressekonferenz stellte das 2019 gegründete "Ministère de la Croissance" gemeinsam mit der Firma Tycoon ein neustes innovatives großes Industrie-projekt im "Bambësch" vor.

Die Pressekonferenz wurde live übertragen und sorgte für Gesprächsstoff.

Einige behaupteten eine neue Aktionsgruppe des Mouvement Ecologique würde hinter dem Projet stehen, machen Sie sich selbst ein Bild: Die Pressekonferenz ist einsehbar auf:<https://mincroiss.guv.lu>.

